

**NOCH FRAGEN?****Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Arbeitskreis 3: Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik  
Volker Beck MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
und Sprecher für Menschenrechte

Monika Lazar MdB, Sprecherin für Frauenpolitik und  
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

**BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:**

- 17/88 Diskriminierungsschutz ins Grundgesetz
- 17/1202 Diskriminierungsschutz europaweit ausbauen
- 17/2211 Reform des Transsexuellenrechts
- 17/4042 Rehabilitierung der nach § 175 StGB Verurteilten
- 17/4546 Homo- und transsexuelle Jugendliche stärken
- 17/5528 Grundrechte von intersexuellen Menschen
- 17/6343 Öffnung der Ehe
- 17/8248 Ungleichbehandlung der Lebenspartnerschaften  
(Große Anfrage)

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

**IMPRESSUM:**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Gestaltung: WE DO communication GmbH GWA  
Stand: Juni 2012, Schutzgebühr: 0,05 €



Quelle: picture alliance

**TOTAL NORMAL**

Bürgerrechte von Lesben, Schwulen, trans-  
und intersexuellen Menschen stärken

**UNS GEHT'S UMS GANZE**



**Gleichstellung heißt Öffnung der Ehe – Adoption und Steuergleichheit inklusive.**

*Zwei verpartnerte Männer – seit dem 1.8.2001 gesetzlich möglich. Quelle: picture alliance*

## AKZEPTIERT UND ALLES NORMAL !?

Lesben und Schwule können heute so frei wie nie in Deutschland lieben und leben. Eingetragene Lebenspartnerschaften kommen zunehmend zu ihrem Recht – trotz konservativem Widerstand. Also alles total normal? Nicht wirklich. Ein schwules Paar in der U-Bahn, eine lesbische Krankenschwester im katholischen Krankenhaus, eine Familie mit zwei Mamas oder Papas, eine transsexuelle Managerin – sie werden längst nicht überall selbstverständlich anerkannt.

Die grüne Bundestagsfraktion kämpft von Beginn an für gleiche Rechte aller Menschen. Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz haben wir 2001 das Fundament zur Gleichstellung gelegt. Darauf wollen wir nun aufbauen und die Ehe für alle öffnen. It's okay to marry gay!

Kanzlerin Merkel schweigt eisern zu den Rechten von Lesben und Schwulen. Es geht auch anders: Präsident Obama tritt für die Öffnung der Ehe ein, ebenso der französische Präsident Hollande. Selbst der konservative Premierminister Cameron wirbt dafür. In Deutschland dagegen wehrt sich die Bundesregierung, Diskriminierungen wie bei Steuer und Adoption zu beenden. Das ist nicht normal!

# VIelfalt LeBEN – HOMO- UND TRANSPHOBIE ENTGEGENTRETEN

Auf Schulhöfen, in Fußballstadien und in bestimmten Musik-  
szenen tauchen immer wieder menschenfeindliche Parolen  
auf und bereiten den Boden für Gewalt. Weghören gilt nicht,  
wenn gegen Minderheiten gehetzt wird. Eine Bundesregie-  
rung darf nicht wegschauen, wenn religiöse Hardliner Lesben  
und Schwule in „Therapien“ zur Umpolung drängen. Verant-  
wortliche Politik muss in der Gesellschaft viel stärker für Viel-  
falt und Akzeptanz werben. Wir fordern einen „Nationalen  
Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie“. Bund, Länder  
und Kommunen müssen aktiv Vorurteilen vorbeugen. Sie sol-  
len homophoben Anfeindungen, Ausgrenzung von Transgen-  
dern und Gewalt entschieden entgegenreten. Und wir wollen  
im Gleichheitsartikel des Grundgesetzes ergänzen: Niemand  
darf wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden.  
Auch in der Europäischen Union muss der rechtliche Schutz  
vor Diskriminierung verbessert werden. Die EU-Kommission  
will die bestehenden Antidiskriminierungsrichtlinien ergän-  
zen. Damit würden zum Beispiel Lesben und Schwule in Ost-  
europa vor Diskriminierung geschützt. Doch Schwarz-Gelb  
leistet hartnäckig Widerstand.

**Gleichstellung und Akzeptanz: Ja.  
Benachteiligung und Hass: Nein.**



*Bundesligaspiel Mainz 05 gegen VfL Wolfsburg, 20.4.2012 in Mainz. Quelle: picture alliance*

# REGENBOGENFAMILIEN STÄRKEN

Viele Kinder leben bereits in einer Familie mit zwei Müttern oder Vätern – in jeder achten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wachsen Kinder auf. Viele tausend Kinder erleben tagtäglich, dass Lesben und Schwule verantwortliche Eltern sind. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Doch sind Kinder in solchen Familien rechtlich und finanziell immer noch schlechter abgesichert als andere. Das wollen wir ändern.

Gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU haben wir bereits die Adoption von Kindern innerhalb der eingetragenen Lebenspartnerschaft ermöglicht („Stiefkindadoption“). Jetzt kämpfen wir für die Gleichstellung im Adoptions- und Steuerrecht. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kinder wegen ideologischer Vorbehalte gegenüber der Lebensform ihrer Eltern schlechter gestellt werden. Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein.

Wir wollen daher das Familienrecht erweitern und elterliche Mitverantwortung rechtlich absichern. Das würde Kindern und sozialen Eltern das Zusammenleben in Patchwork-Familien erleichtern und viele Alltagsprobleme von Regenbogenfamilien lösen.



**Regenbogen mit viel Grün:  
Wir fordern gleiche Rechte  
für alle Familien.**

Quelle: iStockphoto



**Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, die eigene geschlechtliche Identität zu leben.**

*Die als Mann geborene Katharina Krebs ist Polizistin in Berlin. Quelle: picture alliance*

## GRUNDRECHTE TRANS- UND INTERSEXUELLER MENSCHEN SICHERN

Eine radikale Reform des Transsexuellenrechts ist überfällig. Wir wollen bürokratische Hürden für die Vornamensänderung und Geschlechtsanpassung abbauen. Es ist höchste Zeit, dass die tatsächliche Vielfalt von Identitäten akzeptiert wird, anstatt transsexuelle Menschen in vorgegebene Raster zu pressen und ihnen das Leben schwerzumachen.

Etwa 150 Kinder werden jedes Jahr in Deutschland geboren, die keinem Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können. Auf sie wartet meist eine lange Serie von chirurgischen und hormonellen Eingriffen. Die zwangswise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben! Die Welt ist nicht ausschließlich zweigeschlechtlich. Wir treten für die Menschenrechte Intersexueller ein und haben dazu als erste Fraktion überhaupt einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Geschlechtliche Uneindeutigkeit muss rechtlich zugelassen werden.



Flagge zeigen: Für rechtliche Gleichstellung, für Akzeptanz, für Menschen in über 75 Ländern, die strafrechtlich verfolgt werden.

# UNRECHT BEIM NAMEN NENNEN

Auch nach 1945 wurden in Deutschland Menschen wegen homosexueller Handlungen strafrechtlich verurteilt. Rechtliche Grundlage war § 175, der „Unzucht zwischen Männern“ unter Strafe stellte. Seine Opfer wollen wir rehabilitieren und entschädigen. Es ist an der Zeit, Unrecht auch Unrecht zu nennen. Wir konnten im Jahr 2002 schon erreichen, dass Deutschland die in der Nazizeit nach § 175 verhängten Urteile aufgehoben und die Opfer rehabilitiert hat. Doch der § 175 bestand noch bis 1969 unverändert fort, endgültig gestrichen wurde er erst 1994. Seine Opfer von damals bleiben Straftäter bis heute im Sinne des deutschen Rechts. Das ist absurd. Insgesamt wurden in der Bundesrepublik mehr als 50.000 Verurteilungen wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen zwischen Männern ausgesprochen. Auch in der DDR kam es noch zu Verurteilungen. Allen diesen Menschen wollen wir das Signal geben: „Ihr seid keine Verbrecher. Es war Unrecht, dass der Staat Eure Menschenwürde verletzt hat.“ Es ist an der Zeit, dass Deutschland sich auch dieser Vergangenheit stellt.



**An Unrecht zu erinnern  
ist wichtig. Neues Unrecht  
zu verhindern auch.**

*Denkmal der im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen, Berlin. Quelle: picture alliance*



Unsere Solidarität für die Mutigen, die sich zeigen und die sich wehren.



*Demonstration gegen die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs, der die „Propagierung“ von Homosexualität in St. Petersburg unter Strafe stellt. Quelle: picture alliance*

## FÜR MENSCHENRECHTE EINSETZEN

In vielen Ländern wird Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intersexuellen Menschen das Leben zur Hölle gemacht. In über 75 Staaten ist Homosexualität strafbar. In Afghanistan, Iran, Jemen, Mauretanien, Saudi-Arabien, Sudan und den Vereinigten Arabischen Emiraten droht sogar die Todesstrafe. Gewalt gegen Homosexuelle bleibt dagegen in vielen Ländern ungeahndet. In Russland werden Zensur-Gesetze gegen Schwule und Lesben verabschiedet. Menschen, die für deren Rechte eintreten, werden niedergeknüppelt und verhaftet. Aber auch innerhalb der EU halten manche PolitikerInnen und religiöse Führer Hetzreden und stacheln zu Hassverbrechen auf. BürgerrechtsaktivistInnen brauchen unsere Unterstützung.

Wir zeigen Flagge – sei es in Moskau, Belgrad oder in Istanbul. Auch in der Entwicklungspolitik muss Deutschland auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen. Denn dort wo man Homosexualität tabuisiert und Menschen in die Illegalität zwingt, wird auch die AIDS-Prävention unmöglich. Dazu darf deutsche Politik nicht schweigen.